

DER STACHEL

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

27. Jahrgang

Dezember 2010



**GUTE AUSLÄNDER
SCHLECHTE AUSLÄNDER**

Weise Worte

von Götz
Seite 3

Refugees welcome

*Behandelt mensch
so Menschen?*
Seite 4

Immobilien

Abschiebegefängnis
Seite 5

Grüne

Flüchtlingspolitik
Seite 6 - 7

Gastfreundschaft

auf europäisch?
Seite 8 - 9

Feminists

we're calling you
Seite 10 - 11

Erfolgmodell

Freiwilligkeit
Seite 11 - 12

Auf, auf!

Nun schon zu neunt!
Seite 13

Impressum



Herausgeber:
Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde,
Moritz Deutschmann
(V.i.S.d.P.),
Kleiner Kuhberg 28-30,
24103 Kiel,
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:
Götz Borchert,
(goetz@jusos-rd-eck.de)

Redaktion:
Moritz Deutschmann
Torben Kießner
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:
Tobias Seidel
(jusos@tobiassseidel.eu)

Auflage:
800

Druck:
Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel



Orts-AGs

Jusos international
Seite 14 - 15

Bosnien

*Heilt die Zeit alle
Wunden?*
Seite 16 - 18

Ungarn

Wohin geht's
Seite 18 - 19

Rumänien

Fabi in action
Seite 20 - 21

Unterwegs

Jusos in Berlin
Seite 22 - 23

Dänisch

SPD im Norden
Seite 23 - 25

Zionismus

Begriffsklärung
Seite 26

Jusos fragen

Serpil antwortet
Seite 27

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie schon seit vielen Jahren erscheint auch 2010 kurz vor Weihnachtsfest und Jahreswechsel wieder der neue STACHEL.

In dieser Ausgabe blicken wir auf das vergangene Jahr zurück. Natürlich positionieren wir uns aber auch dieses Mal wieder zu zahlreichen weiteren Themen und berichten von unserer Arbeit.

Eines unserer zentralen Tätigkeitsfelder 2010 war die Flüchtlingspolitik. Hierzu veranstalteten wir eine Diskussionsreihe „Refugees welcome!“ Ergebnisse und Eindrücke dieser Arbeit spiegeln sich in vielen Artikeln dieser Ausgabe wider. Zudem freuen wir uns Mathias Ecke aus dem Juso-Bundesvorstand und Luise Amtsberg, Landtagsabgeordnete der Grünen, für Artikel gewinnen zu können.

Viele Artikel haben uns aber auch aus dem internationalen Bereich erreicht. Unter anderem berichtet Kreisvorstandsmitglied Fabian Stegner, der sich derzeit in einem sozialen Projekt in Rumänien engagiert.

Es freut unseren Kreisverband auch sehr, dass Elena Pieper für das Thema Gleichstellung in den Juso-Bundesvorstand kooptiert wurde.

Kai Dolgner haben wir auf unserer außerordentlichen Kreiskonferenz im Oktober zum Ehren-Juso ernannt. Auch der STACHEL gratuliert hierzu und dankt Kai für sein langjähriges Engagement für die Jusos, nicht zuletzt als Kreisvorsitzender und beim STACHEL.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern schöne Weihnachtstage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und wir Jusos freuen uns dann auf ein Wiedersehen 2011!

Mit roten Grüßen,

Götz Borchert

Götz Borchert,
STACHEL-Chefredakteur



„Refugees welcome in BRD?“

Was ist ein Abschiebeknast? Was sind die Auflagen für eine/n Asylbewerber/in? Was hat es mit einem Drittland auf sich?

Diese Fragen und viele weitere haben wir versucht in einer Diskussionsreihe, zu der wir landesweit eingeladen haben, zu klären. Fragen rund um die Situation von Flüchtlingen innerhalb Deutschlands und Europas wurden diskutiert und in eigens ausgearbeiteten Vorträgen erläutert. Ziel war es, die eigenen Beschlusslagen zu überprüfen und einen Wissensfundus anzulegen, anhand dessen wir in Zukunft arbeiten können.

Bei einem Vorbereitungstreffen in Eckernförde stellten wir uns grundsätzliche Fragen, wie wir mit der Thematik Asylpolitik in Deutschland umgehen wollen und wie unser Fahrplan aussehen soll. Schnell waren wir uns einig, dass wir eine Diskussionsreihe machen wollen, bei der jede und jeder einen inhaltlichen Schwerpunkt ausarbeitet und diesen der Gruppe präsentiert. Auch waren wir uns einig, dass es keine geschlossene Veranstaltung sein soll, sondern dass alle, die Interesse haben, beteiligt werden sollen.

Den Auftakt machten wir im Bürgerhaus in Kronshagen. Im Mittelpunkt standen dabei die Einreise in die BRD und die Rolle von Frontex und der EU. Anhand von drei Kurzfilmen entwickelten sich sehr rege Diskussionen. Es wurde große Kritik an der „Festung Europa“ und den Abschiebepraktiken, sowie der Behandlung von Asylbewerberinnen im Allgemeinen geübt. Hieraus entwickelten sich Fragestellungen, die wir in der folgenden Diskussionsrunde in Rendsburg klären wollten.



Bei großer Beteiligung trafen wir uns Anfang Oktober im SPD-Büro in Rendsburg, diesmal waren auch Genossinnen und Genossen aus Stormarn und Dithmarschen dabei. Nach einer einleitenden Präsentation über Rechte und Pflichten von AsylbewerberInnen entstand eine sehr lange und intensive Diskussion. Als Vergleichsbild dienten hier die

allgemeinen Menschenrechte. Es wurde deutlich, unter welchen widrigen Bedingungen Flüchtlinge oft in der BRD leben.

Es wurde der Entschluss gefasst, einen gemeinsamen Besuch in einem sogenannten „Ausreisezentrum“ und einem Abschiebegefängnis zu organisieren, um sich ein besseres Bild von der dortigen Situation zu machen. Auch mit bereits beschlossenen Anträgen wollen wir uns in Zukunft näher befassen und diese dann, wenn es sich einrichten lässt, auf der kommenden Landeskonferenz erneut einbringen.

Die noch laufende Reihe zeigt uns, wie wichtig es ist, sich mit dem Thema „Flüchtlingspolitik in Deutschland“ auseinanderzusetzen. Es ist offensichtlich geworden, dass ein großer Informations- und Aufklärungsbedarf besteht. Wir müssen uns mit dem Thema befassen und dann, wenn wir „fit genug“ sind, auf die Straße

und allen Anderen aufzeigen, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen das Leben in Abschiebegefängnissen abläuft und welche schier unüberwindlichen Hürden mensch nehmen muss, um vor Verfolgung und Ermordung in Deutschland Zuflucht zu finden.

Moritz Deutschmann

Zimmer zu vermieten!

- 1) 12m², Einzimmerwohnung mit integrierter Toilette, Fernseher und Bett. Auf Wunsch auch mit Möblierung. 90€ am Tag (Vollpension)
- 2) Oder eine gemütliche 25m² Einzimmerwohnung mit Etagenbetten und separaten Toiletten im Gang für acht Personen

Die Auswahl ist groß in Schleswig-Holsteins Abschiebeunterkünften. Entweder der Mensch bekommt mit etwas Glück das Einzelzimmer im Abschiebegefängnis (Heute: Asylbewerberunterkunft) in Neumünster, Rendsburg oder muss ausweichen auf das großzügig ausgestattete Familienzimmer in der Abschiebeunterkunft Neumünster.



Die Einrichtungen wurden 1997 von der Rot-Grünen Regierung inszeniert und haben bis heute Bestand.

Die beiden Einrichtungsarten sind nicht direkt miteinander zu vergleichen, doch basieren sie auf dem gleichen Prinzip. Dort

werden Menschen untergebracht, deren Asylverfahren abgelehnt oder noch ausstehend ist.

Abschiebegefängnis: In diesem Gebäude werden Asylsuchende wie Schwerverbrecher eingesperrt. Es ist ihnen nicht erlaubt, das Gefängnis zu verlassen. Selbst ein Schwerverbrecher hat das Recht auf einen Freigang, der Asylsuchende nicht! Das Essen muss in den Zellen zu sich genommen werden. Eine Stunde Hofgang ist gestattet. Der einzige Luxus ist der Fernseher. Die medizinische, juristische und psychologische Betreuung ist unzureichend bis gar nicht vorhanden, obwohl viele der Insassen an einem Trauma leiden und dringend Hilfe benötigen.

Es herrscht ein strenger Befehlston, der von den Beamten des Gefängnisses verkündet wird. Abends heißt es dann „Einschluss“ und die eisernen Türen werden bis zum nächsten Morgen geschlossen.

Am Eingang der Abschiebeunterkunft ist ein großes eisernes Tor mit elektrischer Türöffnung, die nur von innen zu bedienen ist. Nach dem Eintreten folgt das Verifizieren bei den Polizeibeamten,

die hinter „gefühlte“ einem Meter Panzerglas sitzen. In den Häuserblöcken (mehrstöckig) leben mehrere hundert Menschen bei denen nicht befürchtet wird, dass sie untertauchen könnten. Aber auch hier dient die Art der Behausung der Abschreckung. Deutschland soll den Menschen nicht schmackhaft gemacht werden, damit sie schnellstmöglich das Land wieder verlassen.

Oftmals besteht gar nicht der Wunsch in Deutschland zu bleiben, doch aufgrund rechtlicher Umstände müssen sie in Deutschland unter diesen Bedingungen leben.

Zum Nachdenken noch dies:

Klaus K. 33 Jahre alt, verurteilt wegen Kinderpornographie. Er sitzt seit 2 Jahren im Gefängnis und rechnet mit einer frühzeitigen Haftentlassung wegen guter Führung.

Machmoud A. 22 Jahre alt, er sitzt seit 9 Monaten im Gefängnis. Ihm wird zur Last gelegt, dass er versucht habe sich ein neues, moderneres Leben mit mehr Sicherheit in Deutschland aufzubauen.

Mahmoud wird abgeschoben und in eine unsichere Zukunft geschickt!

Felix Deutschmann

Flüchtlingsrechte in SH stärken!

Als ich meine Arbeit als flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion vor einem Jahr aufgenommen habe, habe ich oft zu hören bekommen, dass mein Thema angeblich zu den „weichen“ Themen in der Politik gehören würde. Mich hat diese Aussage damals weitreichend irritiert. Ging es dabei doch immerhin um Menschen, die in ihrer jüngsten Vergangenheit Dinge erlebt haben, von den wir uns aufgrund ihrer Brutalität und Unmenschlichkeit kaum ein Bild machen können. Wie also konnte genau dieses Thema ein weiches sein? Erst in den folgenden Monaten wurde mir klar, was meine KollegInnen im Landtag damit wohl gemeint haben könnten. Die Erkenntnis kam als ich zum ersten Mal persönlich mit dem Wort „Gutmensch“ in Verbindung gebracht wurde. Ich verstand, dass es sich dabei um ein vergiftetes Kompliment handelte – der Gutmensch an sich ist nach konservativem Verständnis nämlich nichts Positives! Vermutlich haben die regierungstragenden Fraktionen mit dem Wort „weich“ nur zum Ausdruck bringen wollen, dass ihnen das Thema weniger am Herzen liegt!

Nichts desto trotz: als grüne Gutmenschin mache ich mich stark für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein. Und da liegt ein ganzer Haufen Arbeit vor uns!

Einige Worte zur weltweiten Situation von Flüchtlingen!

Zu allererst ist es mir wichtig zu betonen, dass wir in einer Sache keinen Gestaltungsspielraum haben: nämlich in der Erkenntnis, dass wir als demokratisches Land eine Verpflichtung haben, Menschen zu helfen, die wegen Bürgerkriegen und Kriegen, Menschenrechtsverletzungen, Folter, Vertreibung und wirtschaftlicher Not zu uns kommen und Schutz suchen.

Weltweit fliehen Millionen Menschen wegen Bürgerkriegen, Menschenrechtsverletzungen, wirtschaftlicher Not oder Klimakatastrophen aus ihren Heimatländern und versuchen ein neues und sicheres Leben in der Fremde zu beginnen. Fluchtwege aber werden immer gefährlicher! Das Mittelmeer als natürliche Außengrenze Europas hat sich in den vergangenen Jahren zu einem regelrechten Massengrab entwickelt. Viele Flüchtlinge kentern in völlig überladenen Booten und ertrinken auf offener See. Verschärft wird dieses durch das extrem rigide Vorgehen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX – eine Agentur, die an den europäischen Außengrenzen Flüchtlingsrouten analysiert und Flüchtlingsströme aufhält. Nur wenige Menschen schaffen den Weg nach Europa und erhalten die Chance auf ein Leben in Sicherheit.

Aber auch in Deutschland erfahren Flüchtlinge nicht immer eine Behandlung, die ihnen diesen Neustart ermöglicht. Viel zu häufig scheitern Flüchtlinge an unserer komplizierten Asylgesetzgebung und enden in einem unverständlichen bürokratischen Teufelskreis. Über Asylanträge entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl der gestellten Asylanträge dramatisch zurück gegangen. 1993 waren es noch 400.000, im vergangenen Jahr wurden lediglich noch 27.649 Erstanträge bearbeitet, was vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen dramatisch gering erscheint.

Wie aber gestaltet sich nun das Leben eines Flüchtlings in Schleswig-Holstein?

Die erste Station ist in der Regel die Landesunterkunft bzw. die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Neumünster. In Neumünster werden Flüchtlinge erkennungsdienstlich erfasst und können von hier aus einen Asylantrag stellen. Während dieser Zeit fallen Menschen, die im Asylverfahren stecken derzeit noch unter die sogenannte Residenzpflicht. Diese besagt, dass Betroffene den Landkreis nicht ohne Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde verlassen darf. Das schleswig-holsteinische Justizministerium hat aber nun angekündigt einem Grünen Landtagsantrag zuzustimmen und die

ungerechtfertigte Freiheitseinschränkung von Asylsuchenden außer Kraft zu setzen. Während des ersten Jahres des Aufenthaltes ist es Flüchtlingen nicht erlaubt, zu arbeiten – sie müssen von 40 €, das ihnen nach Asylbewerberleistungsgesetz zusteht, leben. Asylsuchende, deren Asylantrag abgelehnt wird, werden abgeschoben. Menschen, bei denen die Behörden befürchten, sie würden vor einer Abschiebung untertauchen, werden in Rendsburg in Abschiebehäft gebracht. Manche Menschen werden aber auch durch zwischen der Bundesrepublik und einem anderen Staat getroffene bilaterale Rücknahmeabkommen abgeschoben. Solche Rücknahmeabkommen gibt es zum Beispiel mit Syrien oder dem Kosovo.

Was kann das Land tun in der solidarischen Flüchtlingshilfe?

Es gibt nicht vieles, das das Land in eigener Verantwortung gestalten kann, da die Asylgesetzgebung im Wesentlichen in der Kompetenz des Bundes liegt. Für diese Fälle aber gibt es die Möglichkeit gemeinsam mit anderen Bundesländern im Bundesrat Initiativen anzustoßen.

Eines der größten Probleme sehen Flüchtlinge selbst in der bürokratischen Endlosschleife der deutschen Asylgesetzgebung. Viele schaffen den Weg durch dieses oft jahrelang andauernde Verfahren nicht, weil ihnen eine rechtliche Unterstützung und die sprachlichen Kenntnisse fehlen.

CDU und FDP kritisieren häufig die sprachlichen Kenntnisse von Flüchtlingen. Diese wiederum haben aber kaum die Möglichkeit Sprachkurse zu finanzieren. Das Land muss diese Infrastruktur zur Verfügung stellen, damit Flüchtlinge eine realistische Chance erhalten. Aber auch Flüchtlinge bringen Qualifikationen mit: eine leichtere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist von Nöten, damit die Menschen nicht direkt in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Die häufig viel zu restriktiv angewandte Abschiebep Praxis muss auf den Prüfstand gestellt werden. Die radikalste Forderung ist, die vollständige Abschaffung der Abschiebehäft – schließlich handelt es sich hierbei um das höchste Strafmittel, das die Bundesrepublik festsetzen kann. Es ist daher nicht nachzuvollziehen, warum Flüchtlinge, die das Gesetz nicht gebrochen haben, inhaftiert werden müssen. Die damit verbundene Mindestforderung aber muss sein, die Abschiebehäft nur als absolutes ultima ratio anzuwenden. Die Inhaftierung von Minderjährigen, alten, kranken oder behinderten Menschen ist nicht zu akzeptieren! Schleswig-Holstein braucht außerdem ein geeignetes Verfahren für minderjährige Flüchtlinge, die ohne Eltern zu uns kommen. Sie dürfen nicht wie Erwachsene behandelt werden, sondern brauchen eine individuelle Betreuung.

Kooperationen mit Staaten, die die Menschenrechte nicht wahren, sollten hinterfragt und im Besten Fall aufgekündigt werden. So werden die Rechte abgeschobener Roma und Sinti im Kosovo massiv eingeschränkt. Auch von uns nach Syrien zurückgeschobene Flüchtlinge müssen oft Folter und Inhaftierung in Syrien erleiden.

Die Ausführungen sollten deutlich machen, dass wir noch einen schweren und weiten Weg vor uns haben, bis restlos alle politischen Akteure erkannt haben, dass internationale Solidarität als Wort auf dem Papier wertlos ist wenn wir nicht bereit sind danach zu handeln. Wir dürfen nicht vergessen: eine gute Flüchtlingspolitik ist auch eine gute Integrationspolitik. Statt Ausgrenzung und Assimilation wollen wir eine Gesellschaft, die eine sprachliche, religiöse und kulturelle Vielfalt als Selbstverständlichkeit betrachtet und sich aktiv für Schutzsuchende einsetzt!

Luise Amtsberg
MdL der Fraktion B'90/
DIE GRÜNEN



Libertas – Securitas – Justitia?

Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

Eine Reise nach Europa ist für amerikanische TouristInnen ein schöner Urlaubsausflug. Für viele Menschen aus Afrika hingegen ist sie eine Frage von Leben und Tod. Denn auf dem Weg in die Europäische Union drohen denjenigen, die aus Not und Verfolgung flüchten, vielfältige Gefahren...

Es ist nicht unüblich, dass Menschen tausende Kilometer zu Fuß durch die Wüste zurück legen, um am Stacheldraht der spanischen Exklaven hängen zu bleiben.

ist ein humanitärer Skandal, der einem den Atem verschlägt.

Viele Gründe sind dafür verantwortlich. Die Fluchtgründe wie Krieg, Hunger und Armut; kriminelle Schlepperbanden, die am Elend verdienen; oder die bittere Härte in den Transitländern Nordafrikas. Aber vor allem ist es die Flüchtlingspolitik der EU in ihrer derzeitigen Form. Dabei müsste eine gemeinsame Flüchtlingspolitik nichts grundsätzlich Schlechtes sein, vieles spricht sogar dafür. Etwa die gemeinsame Verant-

einen im EU-Inneren liegenden Staat wie Deutschland heißt das, dass praktisch kein Flüchtling noch legal auf dem Landweg einreisen darf. Dagegen kommen besonders viele Flüchtlinge in den Staaten Südeuropas (v.a. Spanien, Italien, Griechenland) an. Da eine angemessene Versorgung und Betreuung gerade von traumatisierten Flüchtlingen nicht zum Nulltarif zu haben ist, ist der Wunsch nach einer solidarischen Lösung zwischen den Mitgliedsstaaten nachvollziehbar. Auch gemeinsame Mindeststan-

Andere Menschen geben das Vermögen ihrer ganzen Heimatdörfer an kriminelle Schlepperbanden, um auf seeuntauglichen Booten im Mittelmeer ihr Leben aufs Spiel zu setzen. 15.000 Menschen sind den Zahlen der italienischen NGO Fortress Europe zufolge seit 1988 beim Versuch nach Europa einzureisen ums Leben gekommen. Die Situation an Europas Außengrenzen

wortung unter den EU-Staaten. Denn aufgrund der geografischen Lage sind manche EU-Staaten oft Einreiseziel von Flüchtlingen, andere kaum. Verschärft wird diese Ungleichheit durch die sogenannte Drittstaatenregelung. Diese besagt, dass Menschen nur in einem Land Asyl beantragen dürfen, wenn sie vorher nicht über ein anderes sog. „sicheres Drittland“ eingereist sind. Für

dards für Asylverfahren auf einem hohen Schutzniveau wären begrüßenswert.

Leider haben sich diese Hoffnungen in eine solche humanitäre europäische Flüchtlingspolitik nicht erfüllt. Gemeinsam vereinbarte Standards werden oft nicht eingehalten, und die Länder West- und Mitteleuropas, allen voran Deutschland, lehnen weiter eine

Verantwortung für die Flüchtlinge im Süden der EU ab. Schnell handelseinig wurden die EU-Staaten hingegen beim gemeinsamen Vorgehen in anderen Politikfeldern: Nämlich bei der „Grenzsicherungspolitik“ und dem „Kampf gegen illegale Migration“.

Zu diesem Zweck wurde FRONTEX geschaffen, als *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*. Die Organisation mit Sitz in Warschau soll dem „integrierten Grenzschutz“ dienen, indem sie Personenkontrollen vereinheitlicht und die EU-Außengrenzen überwacht. Dazu unterstützt FRONTEX die Mitgliedsstaaten bei der Ausbildung von Grenzschützern, bei der Bildung von Sofortinterventionseinheiten (RABITs) oder gar bei der Abschiebung von Flüchtlingen.

FRONTEX steht permanent in der Kritik von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Insbesondere wird die oft völkerrechtswidrige Praxis bei Bootskontrollen kritisiert. U. a. werden Boote nahe Afrikas Küsten aufgebracht und ihnen soviel Treibstoff weggenommen, dass sie mit dem verbleibenden gerade noch so zurückkehren können. Überhaupt stehen FRONTEX-Missionen, die nur einer unzureichenden parlamentarischen Kontrolle unterliegen, im Ruf hart vorzugehen und am Rande der Legalität zu operieren. Dadurch werden Flüchtlinge daran gehindert, auf EU-Territorium zu gelangen, wo sie einen

Asylantrag stellen könnten. Der Wahlspruch der Agentur - „Libertas – Securitas – Justitia“ - klingt so wie blanker Sarkasmus.

FRONTEX ist die logische Konsequenz einer Politik der Mitgliedstaaten, die Flüchtlingen schon den *Zugang* zum Asylverfahren verweigern will. liegt hier der größte Skandal in der europäischen Flüchtlingspolitik: Zäune und Patrouillen verhindern das in internationalen Verträgen zugesagte Recht auf einen rechtsstaatlichen Prozess. Mehr noch als den Verlauf der Verfahren (mit ihren geringen Anerkennungsraten) selber kritisieren NGOs diese Verweigerung ihrer Durchführung.

Die Forderung nach freiem Zugang zu einem Asylverfahren ist daher zentral. Jeder Mensch muss das Recht haben, bei Not und Verfolgung ein Asylverfahren beginnen zu können. In der EU müssten dazu Zäune abgerissen und Schiffsabdrängungen eingestellt werden. Die Militarisierung der Grenzkontrollen durch FRONTEX, aber auch durch die Mitgliedsstaaten selbst, muss aufhören! Stattdessen braucht es sichere Wege für Flüchtlinge in die EU. So könnte auch die unerträgliche Zahl an Opfern verringert werden, die oft in Angst vor Entdeckung die weniger frequentierten, hochgefährlichen Routen wählen. Außerdem braucht es eine Abschaffung der Drittstaatenregelung verbunden mit einheitlichen europäischen

Standards in der Asylpolitik. Wem Asyl gewährt wurde, der muss sich in der EU frei bewegen können – Residenzpflicht abschaffen. Oft reisen Menschen legal in der EU ein und verzichten anschließend auf eine Ausreise. So geraten sie in die Illegalität. In diesem Zustand sind sie faktisch rechtlos. Wir müssen Ihnen durch Amnesie eine Brücke in die Legalität bauen.

Wir leben in einer durch Grenzen gezeichneten Welt. Nationalstaaten behalten sich das Recht vor, auszuwählen, wer sich auf ihrem Territorium befinden und wer dort leben darf. So wird Reisen zur Straftat, aus Menschen werden „Illegale“. Diese Logik ist uns Jusos fremd. Kein Mensch ist illegal. Wir wollen ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit. Die Leichen an den Küsten Europas mahnen uns, dass der Preis einer Abschottung tödlich hoch ist.

Matthias Ecke,
Mitglied im Juso-Bundesvorstand
und Leiter des AK Europa.
Lebt und arbeitet in Leipzig und Berlin.



Nicht nachlassen!

Der feministische Richtungsverband als dauerhafte Aufgabe.

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Dieser Satz beschreibt nach wie vor unser Selbstverständnis. In der Potsdamer Grundsatz-Erklärung, die die Jusos 1991 beschlossen haben, kann die Strategie feministischer Juso-Politik nachgelesen werden: „Unter Feminisierung verstehen wir, Frauenpolitik zum integralen Bestandteil jedes Politikfeldes zu machen, die Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung zu suchen und in der Verbandsreform den frauenorientierten Umbau zu bewerkstelligen, der Frauen eigene Zugänge und bessere Eingriffs-Chancen in die Politik des Verbandes ermöglicht.“ Seit dieser Erklärung hat sich bei den Jusos einiges getan.

Viele Dinge, die früher noch hart erkämpft werden mussten, sind heute selbstverständlich – zumindest meistens. Und trotzdem bleibt es eine dauerhafte Aufgabe und Herausforderung, den feministischen Richtungsverband nicht zur Worthülse verkommen zu lassen. Denn in vielen Bereichen des Verbands werden häufig weder Feminismus als politischer Ansatz noch das Problem der geringen Repräsentanz von Frauen bei den Jusos thematisiert oder als Arbeitsfeld definiert. Was also muss ‚feministischer Richtungsverband‘ in der Praxis bedeuten?

Emanzipation als Ziel

Die politische Forderung nach einer Gleichstellung aller Menschen ist schon über hundert Jahre alt. Doch auch heute begünstigen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse vor allem (weiße) Männer: Männer besetzen die überwiegende Mehrheit der Machtpositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Männer verdienen mehr als Frauen. Frauen arbeiten überdurchschnittlich häufig in prekärer Beschäftigung und müssen auch heute noch den weitaus größeren Teil der Familienarbeit leisten. Vor allem Frauen sind Opfer von Gewalt und Unterdrückung. Und das sind nur einige Beispiele. Das Ziel von uns Jusos als Feminist_innen ist, diesen gesellschaftlichen Zustand zu überwinden zu Gunsten einer Gesellschaft, in der alle Menschen in Freiheit leben können und das Geschlecht keine Rolle mehr spielt. Und nur eine Gleichheit von Lebenschancen und materiellen Voraussetzungen bietet allen Menschen die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und Verschiedenartiges leben zu können.

Feminismus als Politik-Ansatz

Feministischer Richtungsverband muss für uns Jusos also bedeuten, die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse aus feministischer Perspektive zu betrachten.

Feminismus als Ansatz unterzieht dabei alle Lebensbereiche einer fundamentalen Kritik und thematisiert Sexismus und Patriarchat als gesellschaftliche Strukturen. Aber auch Gegenentwürfe, die die Möglichkeit eines Zusammenlebens ohne Unterdrückung und Gewalt aufzeigen, sind Bestandteil von Feminismus. Für die Praxis der Juso-Arbeit bedeutet das, alle politischen Handlungen auch daraufhin zu beleuchten, inwieweit patriarchale und sexistische Strukturen durch sie verfestigt werden und wie diese Strukturen aufgebrochen werden können. Zum Beispiel Steuern: Bei der Frage nach einem Umbau des Steuersystems muss auch immer klar sein, dass bestimmte Arten von Besteuerung (wie z.B. das Ehegattensplitting) Lebensentwürfe fördern, die Frauen in die Familienarbeit zwingen. Kurz: In jedem Politik-Bereich muss die Frauenfrage gestellt werden.

Umbau des Verbands

Feministischer Richtungsverband sein bedeutet aber auch, sich mit dem eigenen Verband und seinen Strukturen auseinanderzusetzen. Und die aktuelle Situation zeigt, dass es an genau dieser Stelle noch viel zu tun gibt. Denn was die Mitgliederzahlen und die Zahlen von Frauen in Führungspositionen angeht, sind die Jusos nach wie vor ein sehr männlich geprägter Verband. Das bedeutet

zum einen, dass wir uns mit der Art und Weise, wie wir Politik machen, auseinandersetzen und uns gleichsam auch die Frage stellen müssen, wie wir dabei miteinander umgehen wollen. Denn auch bei den Jusos sind Sexismus und Diskriminierung eben nicht die Ausnahme und es bleibt eine dauerhafte Aufgabe, das zu ändern. Hier können Gender-Trainings und institutionalisierte Gleichstellungsarbeit, wie es sie in vielen Landesverbänden schon gibt, Entscheidendes beitragen. Aber auch das eindeutige Bekenntnis zur Frauenquote gehört zu unserem Feminismus dazu um auch in einem männlich

dominierten Verband Frauen die Möglichkeit zu geben, Politik mitgestalten zu können. Insbesondere beim Umbau des Verbands gibt es also auch nach der Potsdamer Grundsatz-Erklärung noch viel zu tun.

Nicht nachlassen!

Unser Ziel ist und bleibt die Umsetzung unserer Forderungen in konkrete Politik und das Aufbrechen der herrschen Verhältnisse. Verbündete finden wir überall dort, wo Feminismus ein Leitgedanke des politischen Handelns ist. Und insbesondere wenn es um Frauenpolitik geht, ist die



Doppelstrategie der Jusos sehr wichtig: Nur gemeinsam mit unseren Partner_innen können wir unseren Forderungen in der SPD Nachdruck verleihen. Unser Leitgedanke bleibt: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche Überwinden!

Elena Pieper

Mitglied im Juso-Bundsvorstand

Mut zu mehr Verantwortung und Freiwilligkeit

Bundeswehr zukunftsfähig machen und Freiwilligendienste stärken

Seit Monaten sorgt Verteidigungsminister zu Guttenberg für immer neue Irritationen und Verunsicherung im Zusammenhang mit der Bundeswehr. Statt einer Reform aus einem Guss, hat der Verteidigungsminister der Öffentlichkeit immer wieder scheinbar neue Reformvorschläge präsentiert, ohne sich jedoch eindeutig zu positionieren. Mit der Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate hat er sich über den Rat aller Experten hinweggesetzt und ein organisatorisches Chaos in der Truppe ausgelöst - nur um diese Entscheidung wenige Wochen später wieder in Frage zu stellen.

Mittlerweile, so scheint es, hat er tatsächlich eine Meinung - und orientiert sich mit seinem Vorschlag an den Beschlüssen der SPD zum freiwilligen Wehrdienst. Während wir gespannt das Konzept erwarten, melden die unterschiedlichsten Unions-Lautsprecher ihre Zweifel an und tragen allerhöchstens zu mehr Verunsicherung bei. Doch die Bundeswehr und die bei ihr beschäftigten Soldatinnen und Soldaten sowie die zivilen Mitarbeiterinnen und



vrnl.: Sönke, FÖJler Torben und Hinrich Goos (FÖJ-Sprecher)

Mitarbeiter haben es verdient, dass sie nicht weiter im Unklaren gelassen werden über die Pläne zum Umbau der Armee.

Eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr hat zwangsläufig

weitreichende Konsequenzen für die Zukunft von Wehr- und Zivildienst. **Ich persönlich habe die Wehrpflicht immer kritisch betrachtet. Jeder Pflichtdienst ist ein Eingriff in die individuelle Freiheit.** Dieser Eingriff muss gut begründet sein. Doch durch die veränderten Aufgaben der Bundeswehr und die immer geringere Zahl an benötigten Wehrpflichtigen in den letzten Jahren ist dieser Eingriff immer **weniger zu rechtfertigen**. Das wirkt sich auch auf die sogenannte Wehrgerechtigkeit aus. Schon heute werden nur rund 15 Prozent eines Jahrgangs zum Wehrdienst eingezogen.

Die SPD hat deshalb bereits auf ihrem Hamburger Parteitag 2007 beschlossen, einen freiwilligen Wehrdienst einzuführen. Eine Freiwilligenarmee, mit Zeit- und Berufssoldaten sowie freiwillig Wehrdienstleistenden, hätte gegenüber einer reinen Berufsarmee vor allem einen gewichtigen Vorzug: Die Möglichkeit, den notwendigen Nachwuchs für die Bundeswehr aus der Mitte der Gesellschaft auswählen zu können. Für junge Menschen, die der Bundeswehr aufgeschlossen gegenüberstehen, bietet der freiwillige Wehrdienst eine Zeit des Prüfens und Abwägens, ob es sich lohnt, auf Dauer in die Bundeswehr einzutreten. Die Bundeswehr öffnet damit eine Tür für alle, die sich nicht von vornherein und dauerhaft für den Beruf des Soldaten entscheiden wollen oder können.

Aber es geht uns noch um deutlich mehr: Wir wollen bei der Reform des Wehr- und Zivildienstes unsere Bürgergesellschaft stärken, indem wir auf Freiwilligkeit setzen. Das soll sich auch in unserem Konzept zur Zukunft des Engagements junger Menschen widerspiegeln. Denn wird die Wehrpflicht ausgesetzt, hat das natürlich Konsequenzen für den Zivildienst, dieser wird als Ersatzdienst wegfallen. Mit den Mitteln, die uns aus dem bisherigen Zivildiensthauhalt zur Verfügung stehen werden, wollen wir die Jugendfreiwilligendienste stärken und massiv ausbauen. Denn wir wissen: Junge Menschen übernehmen freiwillig und aus innerer Überzeugung Verantwortung für die Gesellschaft. Sie engagieren sich beispielsweise im Rahmen eines FSJ oder FÖJ in Altenheimen, Krankenhäusern und Kindertagesstätten, in Naturschutzgebieten, im Sportverein oder im Theater. Seit Jahren übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der Plätze um mindestens das Doppelte. Es ist jetzt unsere Aufgabe, die anstehenden Veränderungen als Chance zu einer Offensive für mehr Freiwilligkeit zu nutzen und noch mehr Gelegenheit für freiwilliges Engagement zu schaffen.

Statt diese Gelegenheit mutig zu nutzen, setzt Bundesfamilienministerin Schröder mit ihrem Vorschlag für einen freiwilligen Zivildienst auf das völlig falsche Pferd. Er ist altem Denken

verhaftet, er stellt den Grundsatz der Nachrangigkeit von staatlichem gegenüber gesellschaftlichem Engagement in Frage und verabschiedet sich vom Leitbild einer starken Bürgergesellschaft. Er verunsichert junge Menschen und berücksichtigt zu wenig ihre Perspektiven und Interessen. Außerdem führt er zu teuren und überflüssigen Doppelstrukturen und kann die bestehenden Freiwilligendienste sogar in ihrer Existenz gefährden, denn diese würden mittelfristig zu Diensten zweiter Klasse werden.

Mit ihrem Festhalten am Zivildienst geht es Schröder nicht um die Interessen der jungen Menschen, sondern um ihre eigenen Kompetenzen und Zuständigkeiten. Allerdings zeichnet sich ab: Auf große Unterstützung kann Schröder nicht hoffen, denn mittlerweile gibt es auch in Unionskreisen die Erkenntnis, dass sich das FSJ und das FÖJ bewährt haben und nicht zerschlagen werden dürfen. Darauf kann man aufbauen.

Sönke Rix, MdB



Kreiskonferenz bläst zum Kampf!

Am 1. Oktober 2010 trafen sich die Jusos Rendsburg-Eckernförde zu ihrer außerordentlichen Kreiskonferenz in der Strandbar „Simly the best“ in Eckernförde.

Nachdem Fotos für die Presse und Homepage am Strand geschossen waren, begrüßte Moritz, unser Juso-Kreisvorsitzender, die zwar kleine aber motivierte Gruppe von Genossinnen und Genossen.

Moritz berichtete über die Arbeit der Kreisjusos. Im Januar wurde auf der ordentlichen Kreiskonferenz ein neuer Vorstand gewählt. Kurz darauf ging der Vorstand in Klausurtagung und plante die kommenden Monate. Es wurden zahlreiche Demos, zum Beispiel die Antiatomdemo in Berlin oder die Naziblockade in Dresden, besucht. Auch auf dem Kreis- und Landparteitag stellte unser Kreis eine große Zahl von Delegierten und wir diskutierten inhaltlich sehr gut mit. Auch auf der Landeskonferenz und dem Bundeskongress der Jusos waren wir stark vertreten. Besonders erwähnenswert ist, dass Elena in den Juso-Bundesvorstand mit dem Aufgabenfeld Gleichstellung kooptiert wurde.

Wir haben in diesem Jahr zwei Stachel veröffentlicht. Momentan läuft die von uns organisierte Veranstaltungsreihe „Refugees welcome in BRD?“, in der sich mit

den Hindernissen von Flüchtlingen in Bezug auf Europa auseinandergesetzt wird.

Als nächster Tagesordnungspunkt wurden Wahlen durchgeführt. Den Kreisvorstand verstärken nun Maike Voß aus Brekendorf und Felix Deutschmann aus Nortorf als stellvertretende Kreisvorsitzende. Außerdem fährt Moritz als Delegierter und Felix als sein Vertreter zum Kreisparteiausschuss.



Nun ging es in die Antragsberatung. Gestellt wurde ein Antrag zur Nährwertampel, indem der Rat der europäischen Union und die SPE dazu aufgerufen werden, für die Nährwertampel als Kennzeichnung auf Lebensmitteln zu stimmen, da dieses Gremium die letzte Entscheidungsgewalt für die Einführung der Ampel innehat.

Die Nährwertampel bietet den VerbraucherInnen eine höhere Transparenz im Gegensatz zu dem Kennzeichnungsmodell der Lebensmittellobby. Das Ampelsystem zeigt für Nährwerte die entsprechende Farbe, einfacher

geht es nicht. Die Angaben befinden sich gut sichtbar auf der Vorderseite des Produktes. Weiterhin besteht bei der Ampel eine höhere Vergleichbarkeit zu anderen Produkten.

Mit diesem Antrag, mit wenigen Änderungsanträgen einstimmig beschlossen, soll in kommender Zeit auch auf anderen Ebenen gearbeitet werden.

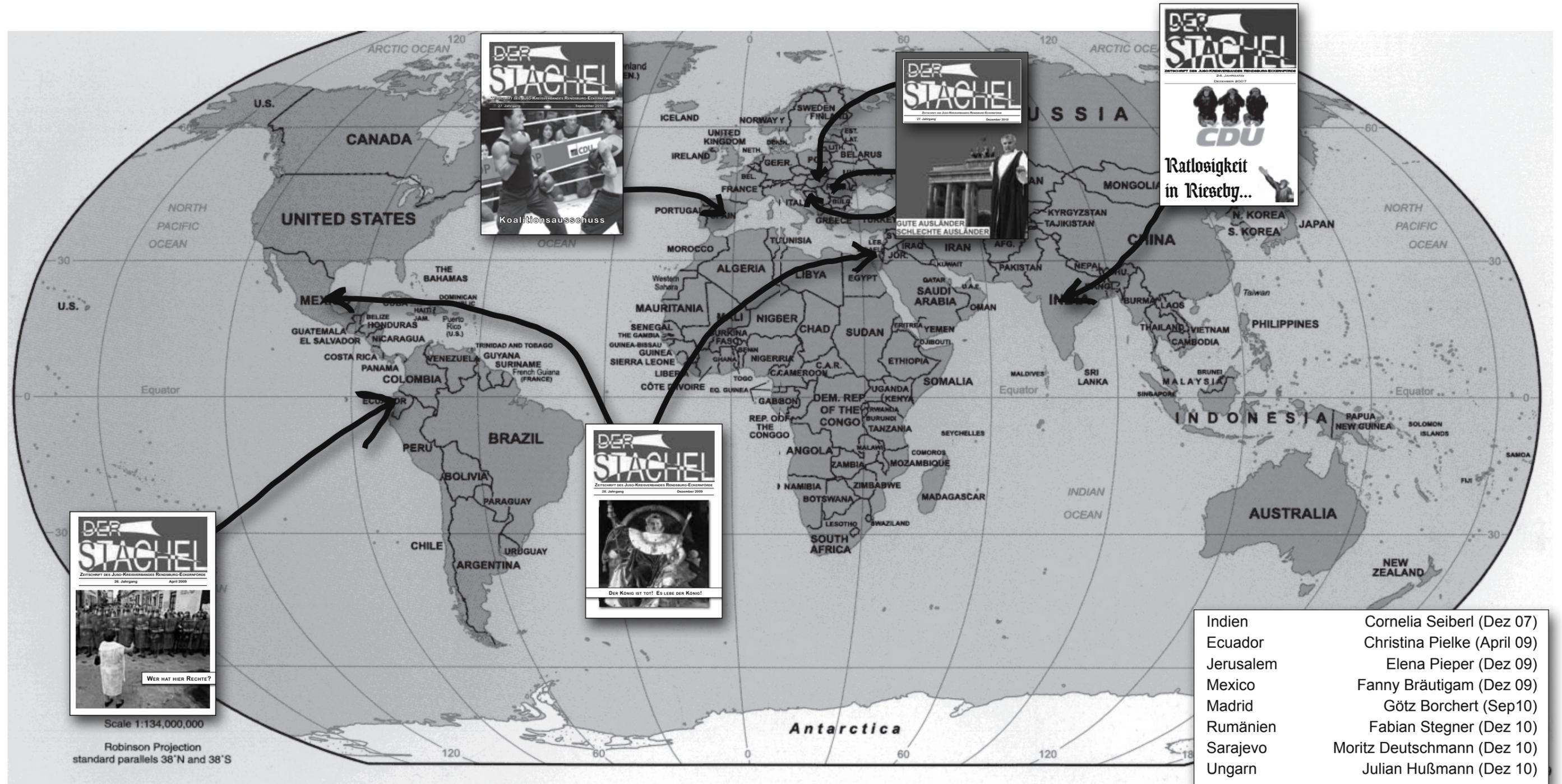
Als nächstes wurde unser MdL Kai Dolgner zum Ehrenjuso 2010 ernannt. Nach einer anregenden und kritischen Laudatio von Moritz wurde Kai ein Pokal für seine besonderen Verdienste für die Jusos Rendsburg-Eckernförde überreicht. Im Gegenzug können wir Jusos nun durch die von Kai überreichten CDs die Internationale auf 5 CD-Playern gleichzeitig hören.

Als letzter offizieller Tagesordnungspunkt warb Götz für den Stachel und dessen Redaktions-sitzungen. Elena berichtete von ihrer Bundesvorstandsarbeit und von anstehenden Terminen, wie zum Beispiel der Castorblockade am 5.-7. November.

Moritz beendete die außerordentliche Kreiskonferenz, bevor es in den gemütlichen Teil des Abends überging, der zum Teil von Kai gesponsert wurde und in sehr angeregten Diskussionen gipfelte. Eine rundum gelungene Kreiskonferenz.

Maike Voß

In den vergangenen Jahren habe sich viele Genossinnen und Genossen international engagiert und dabei viele Orts-AGs auf der ganzen Welt gegründet. Auch in Zukunft möchten wir euch einladen, eure Berichte gerne im STACHEL zu veröffentlichen.



Bosnien- ein verwundetes Land

Unser Autor Moritz Deutschmann beschäftigt sich schon lange mit der Situation von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien und besonders mit Bosnien und Herzegovina. Durch die Arbeit seiner Mutter und durch persönliche Kontakte traf er diesen September eine Bosniern wieder, die er 15 Jahre nicht gesehen hatte. Hier sein Bericht über ein Land und ein System, das uns Sorgen machen muss.

Mit Fernsehbildern von Menschen, die mit allem was sie am Leib trugen, vollgepackten Karren und schreienden Kindern im Arm in großen Strömen



ein Land verließen fing es 1992 an. Meine Mutter wollte diesen Menschen helfen. Sie engagierte sich im Verein „Den Krieg überleben“ (DKÜ) und half Flüchtlingen in Schleswig Holstein sowie auch in Bosnien selber. Sie brachte Krankenwagen ins Land, Hilfsgüter und unterstützte, wo sie nur konnte.

Mein Bruder und ich bekamen all dies sehr nah mit und lernten viele Menschen, denen sie half, persönlich kennen. Es entstanden Freundschaften. Doch sind die meisten von den Menschen, die wir kennenlernten nicht mehr in Deutschland. Sie mussten das Land verlassen und gingen in die USA oder zurück in ihre Heimat.

Zuletzt besuchte meine Mutter das Land 2000.

Ich hatte mich inzwischen selber mit der Thematik befasst und den Entschluss gefasst, dass ich selber auch nach Bosnien reisen möchte, um mir ein Bild über die Situation zu machen.

Der Krieg in Bosnien ist ein erschreckender Beweis dafür, was Konflikte zwischen religiösen Gruppen mitten in Europa auslösen können. 100.000 Tote, über zwei Millionen Flüchtlinge, „Ethnische Säuberungen“, Massengewaltungen und bis heute andauernde Differenzen sind die Folgen.

Heute findet sich ein Flickenteppich. Bosnien ist in zwei Teile, die bosnischen Föderation Bosne i Hercegovina (BiH) und die Republika Srpska (RS) gespalten. Ersterer ist größtenteils von den muslimischen Bosniaken und auch Kroaten bewohnt, zweiter größtenteils von der serbischen Volksgruppe. Auffällig ist aber, dass selbst Bosnier noch in das nördliche Bosnien und das südliche Herzegowina unterscheiden. Neben den beiden Autonomiegebieten ist das Land noch in elf Kantone aufgeteilt.

An der Spitze des Staates steht ein Staatspräsidium, das drei Mitglieder hat. Ein serbisches, ein bosniakisches, ein kroatisches. Diese wechseln sich alle acht Monate in der Rolle des Präsidenten ab. So soll die „gerechte“ Aufteilung der Macht gewährleistet und alle Volksgruppen angemessen repräsentiert werden. Meistens sind die jeweiligen Präsidenten aber damit beschäftigt, die Reformen des Vorgängers zu blockieren.

Dieses komplizierte System wurde 1995 in dem sogenannten „Abkommen von Dayton“ geschaffen, um „allen Volksgruppen gerecht zu werden“.

Streit gibt es noch immer über die Hauptstadt. Offiziell ist es Sarajevo, das zu großen Teilen in der bosnischen Föderation liegt. Der serbische Spitzenpolitiker

Milorad Dodik aber betont, dass er dem Fortbestand Bosniens keine Chancen einräumt: „Unsere Hauptstadt ist Banja Luka und die Hauptstadt unseres Volkes ist Belgrad, niemals Sarajevo“.

Wer alte Bilder Bosniens kennt bemerkt sofort, dass sich wohl einiges getan hat. Der Flughafen Sarajevos ist größer und die Häuser gegenüber sind wieder aufgebaut. Es finden sich Skulpturen und Denkmäler, die an das vergangene Gräuel erinnern. Das zerbombte Pressezentrum ist wieder aufgebaut und ist als höchstes Gebäude des Landes das Schmuckstück der Skyline.

Und offensichtlich ist Wahlkampf.

Rund 3.8 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen ihre Stimmen abzugeben.

Am auffälligsten sind die Plakate der muslimischen SDA (Partei der demokratischen Aktion). Erster Vorsitzender dieser war Alija Izetbegović. Dieser war im Krieg Präsident Bosniens und galt bis zu seinem Tod 2003 als Vermittler zwischen den Volksgruppen. Heute wird die Partei unter dem Slogan „Narod zna“ (Das Volk weiß es) von seinem Sohn Bakir in den Wahlkampf geführt und wirbt für eine Überwindung der Gräben zwischen den Volksgruppen. Izetbegović junior ist auf Videotafeln und auf Plakaten im gesamten Stadtgebiet Sarajevos zu sehen.

Als eine der wenigen multiethnischen Parteien tritt die SDP an. Die „Socijaldemokratska partija Bosne i Hercegovine“ ist Teil der Sozialistischen Internationalen und somit Schwesterpartei der SPD. Ihr Wahlslogan ist „Der Staat fürs Volk“. Das ist ein wichtiger Unterschied, da viele Parteien nur für die Interessen bestimmter ethnischer Gruppen eintreten. Ferner tritt sie nur in den großen Städten an, da sie weiß, dass sie auf in den ländlichen Gegenden keine Chance hat, Stimmen zu bekommen.



Im Osten Sarajevos, der zur RS gehört, finden sich komplett andere Plakate, die zum Teil in kyrillisch gehalten sind.

Eine Partei, die noch erwähnt werden muss ist „BiH Prije svega“- Bosnien und Herzegowina über alles. Dies ist die Partei des aktuellen bosnischen Vertreters im Staatsrat Haris Silajdzic. Der Name der Partei lässt die Ecke, aus der sie kommt, vermuten: nationalistisch.

Der anfangs beschriebene positive Eindruck von Infrastruktur und Wiederaufbau ist auch schnell getrübt. In vielen Siedlungen finden sich Hochhäuser, die einen äußerst schäbigen Eindruck machen und noch mit

Einschusslöchern und Bombenkratern übersät sind, Straßen sind teilweise in katastrophalen Zuständen und Kinder strömen über diese und betteln.

Viele Spuren des Krieges sind noch zu sehen. Entweder sind es die Krater auf dem Gehweg, die kaputten Fassaden oder die Museen. Besonders eindringlich ist die Ausstellung im „Tunnel der Freiheit“. Während des Krieges wurde Sarajevo, das in einem Tal liegt, von den umgebenden Bergen aus beschossen. Panzer, MG's und Granaten nahmen die Stadt immer wieder unter Feuer und machten das Leben für die Menschen zur Hölle. Auch heute noch ist es ein komisches Gefühl durch die Stadt zu gehen und sich bewusst

zu sein, dass vor einigen Jahren noch der Tod von den Bergen kam. Durch den 800 Meter langen Tunnel war es den Menschen aber möglich, Essen und Trinken sowie andere, wichtige Lebensgüter zu beschaffen, bis sie von den serbischen Soldaten entdeckt wurden. Heute ist er ein Museum, der sehr eindrucksvoll die Schrecken des Krieges aufzeigt und für den Frieden wirbt.

Die Gespräche mit unser Gastgeberin, Azra, und vielen anderen Menschen zeigen, dass das Land eine komische Entwicklung nimmt. Einerseits sind sie auf die

Hilfe des Westens angewiesen, da das Land wirtschaftlich noch immer am Boden liegt, andererseits ist oft eine große Abneigung, besonders gegen die EU, zu bemerken. Einerseits funktioniert das Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen in Sarajevo, der Rest des Landes aber ist streng nach diesen aufgeteilt. Einerseits gibt es ein politisches System, andererseits ist dieses aber, nach Meinung vieler, von der Mafia unterwandert und zutiefst korrupt.

Gewonnen hat die Wahl der zuerst genannte Bakir Izetbegović.

Er setzte sich gegen den aktuellen Vertreter der Muslime im Staatsrat, Silajdzic, durch. Dies gilt allgemein als Wechsel in der Politik. Ob das Land dadurch handlungsfähiger wird ist unklar und wirft in Bosnien viele Fragen auf und kann nicht in einem Artikel zusammengefasst werden. Zu viele Fragen und Ideen kommen auf. All dies lässt sich schwer fassen - so wie der gesamte Konflikt auch. Bosnien ist ein verwundetes Land und wird noch sehr lange brauchen, um diese Wunden zu lecken!

Moritz Deutschmann

Ungarn rückt nach rechts

Nach den Parlamentswahlen im April 2010 ist nun auch die Wahl in Ungarns Komitaten und Kommunen vorüber. Mit einem katastrophalen Ergebnis: Die rechten und rechtsextremen ungarischen Parteien konnten fast überall insbesondere auf Kosten der Sozialdemokraten erschreckende Mehrheiten erreichen. Dies sollte allen linken Parteien Europas ein Warnzeichen sein...

Spätestens nach den Wahlen in Schweden wird klar: Rechte Parteien in Europa haben einen starken Aufwind. Jüngstes Beispiel hierfür sind die Wahlen in Ungarn. Bei den Parlamentswahlen im April kam die rechts-konservative Partei Fidesz-KNDP (meist nur kurz Fidesz genannt) auf rund

53% der Stimmen und stellt damit den neuen ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán. Viktor Orbán und seine Partei vertreten aber nicht nur pro-kirchliche und pro-familiäre Werte, sondern auch Autoritarismus und Nationalismus gehören zum Parteialltag. Nachdem er zwischen 1998 bis 2002 schon einmal Ministerpräsident war, verspricht er jetzt vor allem Steuersenkungen und die Erhebung einer Bankenabgabe. Ob dieser Kurs die marode ungarische Wirtschaftslage verbessern kann, lässt sich bezweifeln, nachdem schon 2008 Ungarn als erstes EU-Mitglied milliardenschwere Hilfspakete des IWF und der EU in Anspruch nehmen musste, um einen Staatsbankrott zu verhindern.

Doch nicht nur Fidesz erfreut sich in Ungarn zurzeit größter Popularität. Die erst 2003 gegründete rechtsextreme Partei Jobbik (zu Deutsch: die Besseren, die Rechteren) konnte ihr Wahlergebnis nach der Europa- und Landeswahl nun bei den Kommunalwahlen ein weiteres Mal verbessern. Mit über 16 % der Stimmen ist sie zurzeit drittstärkste Partei im Ungarischen Parlament und damit nur 4 Prozentpunkte hinter der sozialdemokratischen MSZP (gesprochen: MSP). Jobbik vertritt antisemitische und rassistische Positionen, ihr Parteivorsitzender Gábor Vona ist gleichzeitig auch Vorsitzender der Ungarischen Garde, eine Art paramilitärische Organisation, welche ins Erbe der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler

getreten ist. Immer wieder gibt es Übergriffe auf Roma und Sinti. Die Jobbik-Europaparlament-sabgeordnete Krisztina Morvai hetzt schon seit Jahren gegen die „Zigeunerratten“ und das „Judentum, welches Kolonialismus in Ungarn betreibt“ und macht diese Meinungen durch betont bürgerliches Auftreten salonfähig. Insbesondere junge Wähler haben so dieser Partei ihre Stimme gegeben.

Des einen Freud des andern Leid: Die sozialdemokratische MSZP, 1989 hervorgegangen aus der kommunistischen Einheitspartei, ist nach 8 Jahren in der Regierungsverantwortung innerhalb von nur einer Legislaturperiode von über 40% auf 19,3% abgestürzt. Neben der neuen Popularität der rechten Parteien in Ungarn, sind auch Personalprobleme und der Erfolg der neuen linksökonomischen Partei LMP schuld an diesem Wählerschwund. So war es nach dem katastrophalen Wahlergebnis das oberste Ziel der MSZP, wenigstens einige Städte in sozialdemokratischer Hand zu behalten. Mit wenig Erfolg: eine erschreckend geringe Anzahl an Kommunen wird noch von einem linken Bürgermeister geführt, unter anderem hat Budapest das erste Mal seit über 50 Jahren einen Oberbürgermeister aus dem rechten Lager. Nach diesem äußerst unschönen Jahr für die ungarischen Sozialdemokraten, hat die Partei eine grundlegende Erneuerung angekündigt.

Doch für die Wahlen 2010 kam dieser Schritt leider zu spät...



Was können wir von dem Beispiel Ungarn lernen?

Man kann nicht nur aus eigenen Fehlern lernen, sondern auch aus den Fehlern anderer. Die ungarische MSZP hat zu spät den politischen Wandel bemerkt und so wurde innerhalb nur einer Legislaturperiode fast das gesamte politische Führungspersonal Ungarns ausgetauscht. Die schlechte wirtschaftliche Lage hat die rechten Parteien stark gemacht: Es wurden Schuldige für diese Entwicklung gesucht. Die rechten und rechtsextremen Parteien Fidesz, und insbesondere Jobbik geben den Menschen darauf eine Antwort: Die Anderen sind schuld - das Judentum und Roma und Sinti.

Die hohe Arbeitslosenquote führte zu Unzufriedenheit, ein gefundenes Fressen für die menschenverachtende Ideologie rechtsextremer Parteien. Und so sehen wir in Ungarn einen Wandel, den es auch zu Zeiten Hitlers gegeben hat. Die wirtschaftliche Lage ist erschreckend, die Menschen bekommen Angst, und mit dieser Angst befassen sich Jobbik und Co. Ein Rechtsruck hat Ungarn erfasst.

Als Sozialdemokraten muss es unsere Aufgabe sein, diesen Ruck nach rechts zu verhindern - auch und insbesondere in Deutschland. In vielen europäischen Ländern, wie Schweden und Belgien, vollzieht sich solch ein Wandel, wir Sozialdemokraten dürfen solche Entwicklungen nicht verpassen. Es bilden sich neue rechte Parteien, die auch bürgerliche Schichten ansprechen. Das Bild vom alten Verlierer-Nazi trifft nicht immer zu: Immer häufiger vertreten auch gesellschaftlich hoch angesehene Menschen solche Positionen und machen diese so auch gesellschaftsfähig. Wir Juntos müssen solche Entwicklungen bekämpfen, denn wir wollen ein friedliches und solidarisches Europa, kein Europa der Angst und des Misstrauens! Dafür müssen wir uns einsetzen, damit rechts-extremen Parteien das Fahrwasser genommen wird!

Julian Hußmann

„Europa ohne Grenzen hat einen Namen: Schengen.“

Dieses Zitat findet sich auf der Internetseite der Bundesregierung zum Thema Europa. Der Traum eines Europas ohne Grenzen und ohne Beschränkungen in der Reisefreiheit wird hier mit dem Schengenabkommen von 1985 gleichgesetzt.

Wenn Mensch sich jedoch die jetzige Situation der Reisefreiheit in der EU ansieht dann stellen sich unweigerlich Zweifel ein. Die Reisefreiheit gilt nicht für die Mitgliedsländer der Europäischen Union, sondern nur für Mitglieder eben jenes Schengenabkommens. Das sind von 27 EU-Mitgliedsländern 13. Gerade einmal die Bewohner der Hälfte der EU-Mitgliedsländer kommt in den Genuss einer Reisefreiheit ohne Grenzen in Europa. Von einer Reisefreiheit innerhalb Europas, gar einem Europa ohne Grenzen kann folglich keine Rede sein.

Das sich Europa nach innen als offen und unbeschränkt präsentiert, während täglich an Europas Grenzen Menschen bei dem Versuch sterben sich selbst und ihren Familien ein Leben fern von Hunger, Repression und Angst zu ermöglichen, ist mittlerweile bei vielen Menschen Teil des Erkenntnisprozesses geworden. Die Bilder aus Spanien und Italien, die halb verhungerten Menschen, die selbstgebauten Flöße und das Söldnerheer der Privatorganisation Frontex werfen einen Schatten auf das angeblich offene und unbeschränkte Europa.

Doch auch im Inneren der EU stimmt das Bild der Reisefreiheit nicht. Seitdem der Französische Präsident Nicolas Sarkozy den Kampf gegen „kriminelle Zigeuner-Banden“ zum ersten Ziel seiner Innenpolitik gemacht hat und gnadenlos „Roma-Lager“ räumen lässt, steht das Schicksal der

größten europäischen Minderheit im Fokus der Berichterstattung. Die Bilder von niedergeknüppelten Frauen, Schwangeren, Kindern, Greisen, Männern die friedlich gegen ihre Ausweisung protestierten sind uns allen bewusst. Europa öffnet seine Türen, aber nicht für „Unerwünschte.“ Das dieses politische Manöver Sarkozys nur von den innenpolitischen Problemen seiner Regierung ablenken soll und mal wieder die Angst vor „den Anderen“ geschürt wird, um die Projektion eines starken Präsidenten für den anstehenden Wahlkampf zu erzeugen ist auch aus Deutschland bekannt. Ein ehemaliger hessischer Ministerpräsident hetzte einst gegen Ausländer und projizierte Ängste um die Wähler hinter sich zu scharen.

Es entsteht der Eindruck, dass Reisen, Integration, Einwanderung nur von Menschen gewollt wird, die einen „positiven Einfluss“ für die Wirtschaft des jeweiligen Landes haben. Alle als unwirtschaftlich betrachteten Menschen werden abgelehnt oder, wie im Falle Frankreichs und jedes anderen Landes auch, abgeschoben. Für diese rassistische Politik, Menschen aus einer angeblich existierenden Nutzenbetrachtung auszusortieren, werden gerne auch „Tabubrecher und Stimmen einer angeblichen schweigenden Mehrheit“ wie Thilo Sarrazin verwendet um einer



rassistischen Selektion von Menschen einen angeblichen wissenschaftlichen Unterbau zu geben. Im Moment leiste ich einen freiwilligen Friedensdienst in Rumänien ab. Ich arbeite in einem kleinen Dorf 60 km außerhalb von Bukarest in einer Schule und in einem



Kindergarten. An den Wochenenden arbeite ich mit meiner Organisation Ovidiu Rom überall in Rumänien, organisiere Kongresse und Seminare mit Lehrerinnen und Lehrern.

Als meine Hauptaufgabe verstehe ich neben Unterricht, die Integration und den interkulturellen Austausch von Rumänen und Roma, denn Rumänien ist das Land mit der höchsten Roma-Population in Europa. Rassismus, Vorurteile und Abneigung sind leider alltägliche Begleiter bei der Arbeit mit Roma. Und das, obwohl viele Menschen der Roma mehrsprachig sind (neben Tiganeste und Rumänisch auch häufig Englisch, Italienisch, Französisch und Deutsch), da viele rumänische Männer im Ausland als Bauarbeiter arbeiten.

Die Vorurteile gegenüber Roma sind die „klassischen Zigeunervorurteile.“ Sie seien faul, Diebe u.ä. Diese Vorurteile sind rassistisch und falsch. Rassistisch, weil sie Menschen auf Grund ihrer ethnischen Herkunft gewisse Eigenschaften zuschreiben und falsch, weil es keine Statistiken o.ä. für eine angebliche „Zigeunerkriminalität“ gibt. Richtig ist, dass es viele Probleme mit Menschen der Roma gibt.

Diese resultieren jedoch aus gesellschaftspolitischen Problemen heraus. Rumänien ist, obwohl Mitglied der EU, ein zutiefst armes Land. Gerade in den ländlichen Gebieten schlagen eine hohe Arbeitslosenquote (gerade bei den Jugendlichen), ein geringer Bildungsgrad

und eine große Armut tiefe Gräben in die Gesellschaft, die dann mit rassistischen Vorurteilen erklärt werden.

Ich muss leider täglich erleben wie Kinder aus Roma Familien benachteiligt und ausgegrenzt werden. Allein aus dem Grund heraus das sie und ihre Eltern Teil einer alten, traditionsreichen und künstlerischen Ethnie sind. Leider werden immer noch täglich Chancen vertan aus einem interkulturellen Dialog Erfahrungen zu gewinnen die diesem wunderschönen und einzigartigem Land positive Entwicklungen bringen würde. Lieber werden Ängste Einzelner auf anders-scheinende Menschen projiziert um nicht die wirklichen Ursachen und Strukturen hinterfragen zu müssen, denn das würde mehr Arbeit bedeuten als die einfache rassistische Rechtfertigung persönlichen Unglücks.

Fabian Stegner



Jusos RD-ECK in Berlin

Drei Tage Berlin. Drei Tage Spaß, interessante Gespräche und tolle Erlebnisse.

Am frühen Morgen des 10.10.10 machten sich 50 junge Menschen aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde auf Einladung von unserem MdB Sönke Rix auf den Weg nach Berlin.

Nach der Ankunft im Berliner Hauptbahnhof und der Inempfangnahme durch eine Mitarbeiterin des Bundespresseamtes ging es direkt zum Mittagessen. Nach dem anschließenden Einchecken im Hotel folgte der Programmpunkt Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Wir erhielten von zwei ehemaligen Häftlingen eine sehr interessant gestaltete Führung durch die ehemalige Zentrale Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit der DDR. Hier wurden uns anschaulich die harten Haftbedingungen sowie die Verhörmethoden der Stasi vor Augen geführt. Ein wirklich lohnenswerter Besuch.

Direkt an den Programmpunkt anschließend folgte das Abendessen im Bistro des Willy-Brandt-Hauses. Leider war es uns nicht möglich in dieses zu gehen und zumindest vor „Willy“ ein Foto zu machen. Nachdem wir gegessen hatten kam der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt zu uns ins Restaurant, erzählte ein wenig über anstehende Veranstaltungen und politische Positionen und erklärte, dass er als Bundeskanzler den Mindestlohn durchsetzen würde.

Nach Abschluss des Gesprächs

war das offizielle Tagesprogramm beendet, es ging zurück ins Hotel und jeder konnte sein Abendprogramm individuell gestalten. Mit einer Stadtrundfahrt an politischen Gesichtspunkten orientiert begann das Programm am Montag. Nach einem ausgiebigen Frühstück im Hotel konnten wir gestärkt den Bus betreten und uns durch die Hauptstadt fahren lassen. Ein kurzer Zwischenstopp mit Gang durch das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, und dann ging es zum Bundeskanzleramt.

Nach einem knapp halbstündigen Sicherheitscheck waren wir angekommen in den heiligen Hallen von Angela. Insgesamt sechs MitarbeiterInnen begleiteten uns während der Führung durch das Haus. Wobei man nicht sonderlich viel zu sehen bekam. Einen Blick in den Pressesaal und den Konferenzsaal zu erhaschen war

nicht besonders spektakulär. Der Schwerpunkt wurde daher eher auf die Architektur des Gebäudes gelegt, was nicht jedermanns Sache war. Dennoch, ganz nett mal drin gewesen zu sein ;-)

Dem Besuch in der „Waschmaschine“ folgte ein Essen beim Thailänder, bevor es zum Redaktionsgespräch bei der taz ging. Mit Redakteur Gordon Repinski sprachen wir über das Entstehen einer Ausgabe der taz, die Nähe zu Parteien, die Beziehungen zum nur wenige Meter entfernten Springer-Verlag und weitere interessante Themen.

Dies war gleichzeitig der letzte offizielle Punkt des Tagesprogramms am Montag. Sönke lud uns anschließend ins Restaurant „Die Eins“ auf ein Getränk ein und versuchte mit möglichst vielen Teilnehmern der Fahrt ins Gespräch zu kommen. Der weitere Abend wurde dann auf verschiedenste



Weise gestaltet. Vom Eintauchen ins Berliner Nachtleben, einem Stadtrundgang im Dunkeln (von Bellevue bis Fernsehturm wurde versucht möglichst viele Sehenswürdigkeiten abzudecken) oder dem entspannten Ausklingen lassen des Abends in einer netten Kneipe wusste jeder sich zu beschäftigen.

Der nächste Morgen, gleichzeitig Abreisetag, begann im Vergleich zum vorherigen Tag sehr früh. Bereits um kurz nach 8 Uhr machten wir uns auf den Weg zu den Berliner Unterwelten. Beim Gang durch das Schächtesystem

mitten unter Berlin wurde uns viel über die Flucht unter der Mauer hindurch von Ost nach West erzählt. In der Bernauer Straße kamen wir wieder ans Tageslicht und machten uns dann gleich auf zu unserem Gesprächstermin beim DGB-Bundesvorstand. Dort wurde uns viel über die Struktur und die Arbeit, insbesondere der DGB-Jugend, erzählt.

Der letzte wahrzunehmende Termin war dann das Treffen mit unserem MdB Sönke Rix. Nach der Sicherheitskontrolle führte er uns durch das Paul-Löbe-Haus, das Reichstagsgebäude und diskutierte mit uns unter anderem

über die Wehrpflicht und Nazi-Strukturen bevor es dann auf die Dachterrasse des Reichstagsgebäudes ging, wo der offizielle Fototermin stattfand.

Um kurz nach 17 Uhr machten wir uns dann mit der Deutschen Bahn auf den Heimweg in unseren schönen Kreis.

Ein vielseitiges Programm, sieben neu gewonnene Mitglieder und drei Tage mit diesen netten Menschen sprechen für eine rund um gelungene Fahrt.

Torben Käßner

„Sozialdemokratisch“ oder „neudänisch“?

Die Anfänge der Sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg: Noch im Jahr 1945 gaben die britischen Alliierten in ihrem Besatzungsgebiet die Erlaubnis zur Bildung politischer Parteien. Im Winter 1945/46 wurde die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) wieder gegründet. In Schleswig-Holstein organisierte sie sich bald als „Bezirksverband Schleswig-Holstein“. Zur ihren politischen Schwerpunkten zählten in den Anfangsjahren besonders eine Boden- und Schulreform sowie die Behebung der Flüchtlingsnot. Die SPD konnte bei ihrer Wiedergründung an Traditionen von vor 1933 anknüpfen und ältere Genossinnen und Genossen, die zum Teil auch im Widerstand

gegen die Nationalsozialisten oder im Exil weiterhin aktiv gewesen waren, reaktivieren, darunter auch Bruno Diekmann, Wilhelm Kuklinski und Andreas Gayk. Für die SPD stellte sich zunächst die Frage nach der „Einheit der Arbeiterklasse“, also nach einem möglichen Zusammenschluss mit der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) als Lehre aus der Weimarer Republik. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die Sozialdemokraten die Gründung von Antifa-Ausschüssen sehr unterstützt, doch trotz dieser gleichen antifaschistischen Ausrichtung kam es zu keinem Bündnis mit der KPD, unter anderem wegen deren enger Bindung an die Sowjetunion. Die ersten Kommunalwahlen im September und Oktober 1946

konnte die SPD mit landesweit 41 % gewinnen. Die ersten Landtagswahlen 1947 gewannen die Sozialdemokraten ebenfalls mit 44 % und konnten daraufhin mit Zustimmung der Briten alleine das Land regieren. Generelle politische Entscheidungen blieben jedoch zunächst noch bei den Briten (long term policy). Ministerpräsident Lüdemann (SPD) sah Schleswig-Holstein als nicht alleine finanziell überlebensfähig an und entwickelte deshalb den Plan eines größeren Untereifel-Landes, der jedoch nicht mehrheitsfähig war. Einen Sonderweg nahm die SPD-Flensburg, die pro-dänisch eingestellt war.

SPD und SPF- Trennung (1945-1946): Ab dem 5. Mai 1945 existierte in Flensburg der „Vorläufige

HISTORISCHES

Ausschuss der Flensburger Arbeiterschaft“ als ein Linksblock mit umfassendem politischem Führungsanspruch. Unter denjenigen, die in diesem Ausschuss mitwirkten, war auch eine Untergruppe der dänischen Minderheit. Im Zuge der Widerstandsaktivitäten gegen den Faschismus waren viele Sozialdemokraten der dänischen Minderheit beigetreten und fühlten sich diesen nach dem Krieg zum Teil nun näher als den Deutschen.

Diejenigen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg zur dänischen Minderheit bekannten, waren die so genannten „Neu-Dänen“. Abfällig von vielen Deutschen auch „Speckdänen“ genannt, da Mitglieder der dänischen Minderheit aus ihrer Heimat mit Nahrung versorgt wurden, während viele Deutsche in der Nachkriegszeit hungerten.

Schon wenige Tage nach dem 5. Mai 1945 tauchte ein von 38 Flensburgern unterschriebenes Papier mit einem Programm über die dänische Zukunft Schleswigs auf. Eine Petition für den Anschluss Schleswigs an Dänemark wurde von den Briten nach 15 000 Unterschriften jedoch gestoppt.

Im August gründete sich dann der „Sozialdemokratischer Wählerverein“ unter Friedrich (Fritz) Drews. Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Flensburg erfolgte am 12. September 1945 und wurde von den Briten am 4. Januar 1946 zugelassen. Der Vorsitz wechselte wegen innerparteilicher Konflikte jedoch

bald von Drews auf Nicolaus Reiser. Diese Streitigkeiten deuteten bereits den Konflikt an, auf den die Sozialdemokraten in Flensburg zusteueren, denn zumeist ging es um die Grenzfrage. Zu dieser wollte der Kreisverband als Partei keinen Beschluss fassen, jeder Mensch sollte für sich selbst entscheiden. Die restliche SPD hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits eine gesamtdeutsche Position bezogen. Und diese Position sprach sich gegen eine Grenzneureglung oder ein eigenständiges Schleswig aus.

Peter Hattesen, Friedrich Drews und Hugo Hellwig forderten im Folgenden eine Teilung von Schleswig und Holstein in mindestens zwei Regierungsbezirke. Dies waren die separatistischen Vorstellungen der Protagonisten einer pro-dänischen Heimatbewegung. Schwierigkeiten in der Argumentation machte es der Flensburger SPD, dass von dänischer Seite keinerlei Interesse an einer Grenzneureglung bestand. Ebenso sah die gesamte internationale Politik keinen Grund für eine Änderung.

Am 19. Juni 1946 wurde eine Resolution Wilhelm Kuklinskis, Bezirksvorsitzender des SPD-Bezirksverbandes Schleswig-Holstein, für eine Grenzankennung beschlossen, während auf einer Flensburger Mitgliederversammlung die Gegenresolution Hellwigs beschlossen wurde. Dies bedeutete eine offene Konfrontation. Zumal die Flensburger von ihrer Partei nun offen Neutralität in der Nationalitätenfrage

forderten. Der Flensburger Kreisverband hatte damit endgültig eine „neudänische“ Position bezogen und sich von den Sozialdemokraten entfernt.

Am 7. Juli 1946 hielt Kurt Schumacher seine Husumer Rede, die den Ausschluss der Flensburger Genossinnen und Genossen aus der SPD bedeutete. Seiner Meinung nach handelte es sich bei diesen um „Speckdänen deutschen Geblüts“. Seine Rede war ohne Zweifel kompromisslos und ehrlich, jedoch wohl kaum taktisch klug. Die harten Worte, die er wählte, verhinderten über Jahre eine Annäherung der beiden Parteien.

Am 27. Juli wurde dann eine „Neue SPD“ in Flensburg unter dem Vorsitzenden Dr. Karl gegründet. Dänen konnten ab dem August 1946 nur SPD-Mitglieder werden, wenn sie nicht für eine Grenzverschiebung eintraten. Parallel dazu entstand die SPF, die offiziell am 12. September 1946 gegründet wurde. Im Lauf der Zeit schaffte es die SPF auf bis zu 1800 Mitglieder, die neue Flensburger SPD blieb bis 1954 immer unter 700 Mitgliedern. Auch die ersten Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 gewann die SPF mit 22 % vor der SPD mit 13,4 %.

Die dänischen Sozialdemokraten hießen den Ausschluss der Flensburger aus der SPD nicht gut. Sie vertraten die Ansicht, dass eine Volksabstimmung in ein paar Jahren keine Grenzverschiebung mehr nach sich ziehen würde.

SPD und SPF - Koexistenz (1946-1951): Die inhaltlichen Unterschiede waren häufig gar nicht so groß wie es schien. Häufig waren es eher persönliche Abneigungen und die Unterschiede in deutsch-dänischen Fragen, die zu einer generellen politischen Gegnerschaft führten. In vielen Bereichen war die SPF, die vielfach mit dem SSW kooperierte, aber weiterhin eine sozialdemokratische Partei mit dementsprechenden Zielen. Die Situation an der deutsch-dänischen Grenze blieb zunächst jedoch angespannt. Erst deutsch-dänische Gespräche im Jahr 1949 konnten erste Regelungen festlegen und die Situation damit entschärfen. In der „Kieler Erklärung“ zwischen Dänen und Deutschen heißt es: „das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei.“ Auch durften die dänische Minderheit und die Friesische Volksgruppe nun alle demokratischen Bürgerrechte offiziell ohne Diskriminierung nutzen. Die deutsche Seite wollte damit auch die Unterstützung der Dänen in Schleswig schwächen und gleichzeitig Vorteile für die deutsche Minderheit in Dänemark erwirken. Im Alltagsleben änderte sich jedoch fast gar nichts. Teilweise blieb es sogar bei der „Politik der kleinen Nadelstiche“ gegenüber der Minderheit.

Erste konkrete Versuche einer Wiedervereinigung gab es von dänischer Seite während des SPD-Parteitags in Nürnberg vom 29. Juni bis 2. Juli 1947. Die SPD entschied jedoch, dass die SPF

nicht würdig sei, der SPD anzuhören. Dennoch entwickelte sich eine immer stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zunächst vor allem bei den Jusos und deren Pendant auf dänischer Seite.

SPD und SPF - Wiedervereinigung (1951-1954): Eine deutliche Annäherung gab es unter dem neuen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, der am 1. Februar 1952 eine Rede vor der SPF hielt und eine Annäherung deutlich begrüßte. Außerdem wurde die SPF zum SPD-Bundesparteitag vom 24. bis 28. September 1952 in Dortmund eingeladen.

Am 9. März 1953 fand eine Großveranstaltung im Deutschen Haus in Flensburg statt. Zentrale Begriffe, die hier fielen waren der „Ausbau demokratischer Traditionen“, „Toleranz und Zusammenarbeit“, sowie das Eingeständnis der SPD, dass der Ausschluss und die Unterscheidung zwischen echten und unechten Dänen Kränkungen

gewesen seien.

Nach einem auf und ab der gemeinsamen Gespräche beschloss die SPF-Mitgliederversammlung am 25. Juni 1954 die Wiedervereinigung mit der SPD bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, was allerdings eine hohe Anzahl an Übertritten zum SSW nach sich zog; der SPD-Bezirksparteitag billigte diesen Schritt am 4. Juli 1954 einstimmig.

Inzwischen hatte sich die „Sønderjysk Arbejderforening“ (SAF) als Arbeitervvertretung innerhalb der dänischen Minderheit gegründet. Sie gilt heute als Nachfolgeorganisation der SPF. Zu einer deutlichen Verbesserung der deutsch-dänischen Situation kam es dann im Jahr 1955 mit den Bonn-Kopenhagener-Erklärungen mit der Minderheiten Rechte und Unterstützung garantiert wurden und die den SSW auch von der Sperrklausel im Landtag befreite.

Götz Borchert

HISTORISCHES



Zionismus, was ist das eigentlich?

Immer wieder begegnet einem in der linken Szene der Spruch: „Ich bin kein Antisemit, sondern Antizionist“, manche Verbände schmücken sich ganz offen mit dem Label. Meist folgen auf dieses Label lange Erklärungen, welche sich selbst an vielen Stellen widersprechen, deswegen ist es wichtig zu wissen was der Zionismus eigentlich ist.

Die historische Grundlage für den Zionismus ist die Diaspora, in welcher die jüdische Gemeinschaft seit der Antike lebte. Das Wort Diaspora kommt aus dem griechischen und bedeutet Verstreutheit und bezeichnet den Zustand, dass eine ethnische oder religiöse Gruppe ihre ursprüngliche Heimat verlassen hat und nun über die Welt verteilt als Minderheit lebt.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft ist seit der Antike von antisemitischen Ausschreitungen und Diskriminierungen geprägt. Die Diskriminierungen, Ausschreitungen und Massenmorde, welcher die jüdische Gemeinschaft Opfer wurde, sind zum größten Teil bekannt und gipfelten schließlich in dem Genozid an den Juden in der Zeit des Nazi-Regimes. Ich möchte jetzt nicht noch die zahlreichen Diskriminierungen, Pogrome, Massenmorde und daraus resultierende Vorurteile, die es in der gesamten Geschichte an der jüdischen Gemeinschaft gab, da sie den meisten bekannt sind und den Rahmen dieses Artikels

sprengen würden. Die Geschichte des Antisemitismus ist jedoch untrennbar mit der Ideologie des Zionismus verbunden.

Die wichtigste Publikation und noch heute aktuelle Grundlage des Zionismus stammt von Theodor Herzl und trägt den Titel „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. Theodor Herzl analysierte 1896 die verschiedenen Auswüchse des Antisemitismus und die durch die antisemitischen Ausschreitungen zunichte gemachten Versuche der Integration und Assimilation der Juden in ihren Aufenthaltsländern. Da es nach Theodor Herzl historisch erwiesen ist, dass Integration und Assimilation keinen Schutz vor dem Antisemitismus bieten forderte er einen eigenen Staat, also eine jüdische Heimat, in welcher die Juden sicher wären vor dem Antisemitismus. Herzl diskutierte dabei auch, ob ein jüdischer Staat nicht auch in Argentinien möglich wäre, favorisiert aber schließlich doch die Schaffung eines jüdischen Staates in der Region Palästina, da dieser als biblischer Ort eine größere Anziehungskraft auf die jüdische Gemeinschaft in der gesamten Welt habe. Die Idee von Theodor Herzl fand viele Anhänger und so gründete sich unter seinem Vorsitz 1897 die Zionistische Weltorganisation, welche die Auswanderung nach Palästina und den Aufbau eines jüdischen Staates fördern sollte. Dabei waren auch immer wieder Alternativen zu der Region

Palästina im Gespräch oder sogar direkt gefördert, aber fanden nie eine Mehrheit gegenüber der Region Palästina. Die Zionistische Weltorganisation schloss Verträge zum Landerwerb und eine spätere Heimat für die Juden mit Briten und Arabern. Nach dem zweiten Weltkrieg und den Erfahrungen des Holocaust wurde durch die Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 das Ziel eines eigenen Staates und einer sicheren Heimat für die Juden umgesetzt.

Natürlich möchte ich an dieser Stelle den Nahostkonflikt oder die Spannungen zwischen der arabischen und israelischen Bevölkerung keineswegs verschweigen, doch sind sie für den Zionismus nur am Rande relevant. Der Zionismus ist bis heute die Grundlage des Staates Israel, die Schaffung einer sicheren Heimat für die jüdische Gemeinschaft.

Um auf die Ausgangsfrage hinauszukommen werden viele „Antizionisten“ sicher antworten, dass sie eigentlich nur die Politik der israelischen Regierung kritisieren und eventuell gar nicht das Existenzrecht des Staates Israel, hervorgegangen aus dem Zionismus, anzweifeln. Nun vielleicht sollten sie sich dann eher Antilukidisten, Antikadimas oder auch Antinetanjahu nennen, denn gegen den Zionismus zu sein, bedeutet nicht ein Gegner der Regierung Israels zu sein, sondern ein Gegner des Staates Israels und seiner Bewohner zu sein.

Thomas Stegemann

Knallhart nachgefragt bei ...



Name: Serpil Midyatli
Alter: 35
Wohnort: Kiel
Du bist zurzeit? (Beruf): MdL
Lieblingsbuch: Hiob von Josef Roth
Lieblingfilm: Forrest Gump

Mit wem würdest Du gerne einen Monat lang tauschen?
 Dr. Maria Böhmer

Was sind Deine Stärken?
 Das zu sagen, was ich denke.
Was sind deine Schwächen?
 Das zu sagen, was ich denke.

Als Kind wolltest Du welchen Beruf ergreifen?

Hotelmanager

Jugendsünden?

Mit zehn hab ich heimlich eine Zigarette geraucht – hatte dann beschlossen nie wieder zu rauchen, na ja – hat nicht ganz geklappt.

Wenn Du ein Tier wärest, wärest Du ein:

Fisch

Dein Vorbild:

Vorbild nicht, aber Bewunderung für Martin Luther King

Was ist für Dich eine Versuchung?
 Riesen Becher Eis
Was willst Du unbedingt einmal tun?
 Nach Moskau reisen

Die SPD bedeutet für dich:

meine politische Heimat

Deine Juso Vergangenheit:

Hab ich leider nicht.

Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK:

Ich finde es gut, dass die Jusos oft mit ihren politischen Forderungen ihrer Zeit voraus sind. Auch wenn die eigenen politischen Meinungen manchmal nicht die Akzeptanz finden, so lohnt der Einsatz dennoch. Veränderungen brauchen oft Zeit.

Jusos in deiner Umgebung

Altenholz und Umgebung

Ansprechpartner: Sina Marie Weiß,
 sina.marie.weiss@gmx.de

Kronshagen

Ansprechpartner: Eric B. Ludwig
 eric.b.ludwig@gmx.de

Bordesholm

Ansprechpartner: Julian Hußmann
 jhussmann@gmx.de

Nortorf

Ansprechpartner: Felix Deutschmann
 felixdeutschmann@googlemail.com

Eckernförde

Ansprechpartner: Torben Küßner
 torbenkuessner@gmx.de

Rendsburg / Büdelsdorf / Umland

Ansprechpartner: Marlon Kruse
 marlonkruse@spd-online.de

Gettorf und Umgebung

Ansprechpartner: Tim Witte
 gettorf@jusos-rd-eck.org

Kreisverband

Ansprechpartner: Moritz Deutschmann
 you_little.swine@web.de

www.jusos-rd-eck.de



